

Božo Repe:

Veränderte Sichtweisen auf die neuere slowenische Geschichte: eine wissenschaftliche oder eine ideologische Revision?

Vorbemerkung

Der vorliegende, für die Übersetzung leicht veränderte Text wurde vor ungefähr sechs Jahren verfasst. Dafür gab es mehrere Gründe: Polemiken anlässlich des fünfzigsten Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges, die permanenten öffentlichen Diskussionen in den slowenischen Medien über die Vergangenheit, Versuche der Geschichtsrevision, die von den neuen Mitgliedsstaaten in die EU eingebracht wurden, die Bestrebungen der damaligen rechten Regierung in Slowenien, mit der politischen Macht die Sicht auf die Geschichte nach den eigenen Maßstäben zu verändern, aber auch der Entschluss des Verbandes der Geschichtsvereine Sloweniens (*Zveza zgodovinskih društev Slovenije*), anlässlich seiner 33. Tagung eine Diskussion über das Mythische und Stereotype in der slowenischen Geschichtsschreibung zu eröffnen. In meinem Beitrag versuchte ich mich auf den Bereich der Geschichtsschreibung und der ernstzunehmenden Publizistik zu beschränken. Zeitungs-, Internet- und andere öffentliche Polemiken werden darin nicht behandelt, auch keine Leserbriefe und andere populäre Formen der Behandlung historischer Themen, die Hunderte von Beiträgen umfassen, denn in Slowenien ist die Geschichte im Grunde genommen ein Bestandteil der Politik bzw. wird zu politischen Zwecken instrumentalisiert.

In den letzten Jahren gab es keine Vorkommnisse, durch welche die seinerzeit angestellte Analyse wesentlich geändert werden müßte. Hinzuzufügen wäre nur, dass die vorhergehende rechte Regierung ein paar Monate vor Ende ihres Mandats, im Mai 2008, ein sogenanntes Studienzentrum zur nationalen Versöhnung (*Študijski center za narodno spravo*) gegründet hat. Es entstand nach Muster der Institutionen in einigen osteuropäischen Staaten, welche die Zeit des kommunistischen Totalitarismus erforschen sollten, einige hatten aber auch die Funktion einer Lustrationsinstanz. Das Studienzentrum wurde auf Beschluss der Regierung gegründet, im Eiltempo und ohne öffentliche Diskussion unter den Fachleuten, im Wege einer ungewöhnlichen und rechtlich fragwürdigen Herauslösung einer Abteilung Sektors aus dem Justizministerium. Laut Gründungsakten sollte die neue Institution sehr vielfältige (und zugleich nicht näher definierte) Tätigkeiten ausüben: von der wissenschaftlichen Erforschung

der „halbvergangenen“ Geschichte – was das Zentrum der Tätigkeit darstellen sollte –, über die Beschäftigung mit Nachkriegsgräbern und die Umbettung der dort aufgefundenen sterblichen Überreste bis hin zu Eingriffen in den Geschichtsunterricht und zur „Durchführung“ der nationalen Versöhnung. Die damalige Regierung teilte ihm für eine vierjährige Tätigkeit mehr als 1,2 Millionen Euro zu. Die Beschäftigten des Studienzentrums wurden als Beamte des Justizministeriums in Dienst genommen, was impliziert, dass für sie beispielsweise jene Bestimmungen über die Wiederwahl (Reelektion) nicht gelten, welche für Wissenschaftler an wissenschaftlichen Instituten und Universitäten vorgeschrieben sind. Die Beamten unterliegen auch nicht den öffentlichen Ausschreibungen und Habilitationsverfahren nach den Kriterien von Universitäten, wissenschaftlichen Instituten oder der Forschungsagentur der Republik Slowenien, was die Kritik eines Teils der Fachöffentlichkeit herausforderte. Jedoch beschloss auch die neue Regierung (vermutlich nach stillschweigender Übereinkunft mit der vorhergehenden), das Zentrum beizubehalten. In Slowenien ist auf diese Weise ein Paradoxon entstanden: Unter der links-liberalen Regierung und versteckt unter den laufenden Kosten der staatlichen Administration betätigt sich ein Zentrum, das eine rechtsorientierte, ideologische Beschäftigung mit der Vergangenheit betreibt. Die Gründung des Zentrums und seine Tätigkeit verstärkten in institutioneller Form den Kulturkampf in der slowenischen Öffentlichkeit, was in Zukunft sicherlich eine zusätzliche kritische Analyse erfordern wird.

Revision der Geschichte: Ursachen und Folgen

Aufgrund der führenden Rolle der Kommunistischen Partei Sloweniens (KPS) im Widerstand der slowenischen Nation gegen die Okkupation im Zweiten Weltkrieg fokussieren sich die Versuche zur Revision der Geschichte vor allem auf die Behauptung eines in erster Linie kommunistisch-revolutionären Charakters der von der KPS geführten Befreiungsfront des slowenischen Volkes (*Osvobodilna fronta slovenskega naroda*) unter Verneinung ihres Charakters als nationale Befreiungsbewegung gegen die Okkupation. Um diese Beziehungen zu beurteilen, muss man den geschichtlichen Kontext kennen, in welchem die Urteile gesprochen werden, für den letzten Zeitabschnitt aber auch die Ursachen für die Umwertung der Geschichte. Diese können in einer vereinfachten Version in mehrere Zusammenhänge

gestellt werden.¹

1. Neue Entdeckungen und Erkenntnisse der slowenischen und europäischen Geschichtsschreibung

Hier geht es um einen längeren Prozess, der in Slowenien in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre begonnen hat und eine Vielzahl an neuen Erkenntnissen brachte, auch über die dunkleren Seiten der slowenischen Geschichte, die bis zu diesem Zeitpunkt verschwiegen worden waren. Das größte politische Echo erfuhren die Tötung der Domobranzen und die Zählung der Opfer des Zweiten Weltkrieges – wobei die endgültige Zahl weitaus höher sein wird als angenommen: an die 90.000 – und das damit verbundene Problem der nationalen Versöhnung.² Selbstverständlich gibt es noch zahlreiche andere neue Ergebnisse aus der Wirtschafts-, Sozial-, Politik- und Kulturgeschichte, die aber für die Öffentlichkeit weniger attraktiv sind bzw. sich weniger zum politischen Punktesammeln eignen, daher sind sie höchstens Gegenstand von Fachdiskussionen, oder auch das nicht. Die slowenische Geschichtsschreibung stellte in einem ungefähr zwanzigjährigen Prozess seit Mitte der 1980er Jahre ein Gleichgewicht bezüglich der bis dahin mangelhaft oder einseitig erforschten Themen her, bei einzelnen Historikern kann aber in diesem Zusammenhang eine Tendenz nach Schaffung von Gegenpositionen zu den einstigen Standpunkten festgestellt werden, eine radikale Wende, welche über die wissenschaftlichen Erkenntnisse eines (Groß-?)Teils der Geschichtsschreibung hinausgeht und in einzelnen Punkten mit ihren Thesen und ihrem Vokabular zur antikommunistischen Propaganda der Zwischenkriegszeit und der Zeit des Zweiten Weltkrieges zurückkehrt.

Ich führe im folgenden – „ad rem“ und ausschließlich zur Illustration des oben Gesagten folgende Beispiele an:

¹ Siehe Božo REPE, Zakaj revizionizem? O prevrednotenju zgodovine v Evropi in Sloveniji [Warum Revisionismus? Über die Umwertung der Geschichte in Europa und Slowenien], in: *Koroški vestnik* (Ljubljana) 40 (2006), 1, S. 21-33; Božo REPE, 60 let od konca druge svetovne vojne. O simbolih, praznikih in prevrednotenju zgodovine [60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Über Symbole, Feiertage und die Umwertung der Geschichte], in: *Borec* 57 (2005), Nr. 621-625, S. 33-34; Oto LUTHAR / Breda LUTHAR, Historische Darstellung oder/als Vergangenheitspolitik? Zur Entstehung einer radikalen Umdeutung der Kriegs- und Nachkriegsgeschichte Sloweniens, in: *Zeitgeschichte* 33 (2006) 3, S. 135-146.

² Siehe Janvit GOLOB et al. (Red.), Žrtve vojne in revolucije. Zbornik [Die Opfer des Krieges und der Revolution. Sammelband], Ljubljana: Državni zbor Republike Slovenije 2005; Janja SLABE, Narodna sprava v slovenskih časopisih [Die nationale Versöhnung in den slowenischen Zeitungen], in: *Borec* 58 (2006), Nr. 630-634, S. 9-60; Janja SLABE, Slovenska narodna sprava v ogledalu časopisja (1984-1997) [Die slowenische nationale Versöhnung im Zeitschriftenspiegel (1984-1997)], in: *Prispevki za novejšo zgodovino* 46 (2006) 1, S. 431-446.

„Über die wesentlichen Elemente ihres Programms einigte sich die wichtigste slowenische politische Formation Osvobodilna fronta wahrscheinlich bereits auf ihrer Gründungssitzung im April 1941. Zehn Jahre danach wurde auf dem 3. Kongress der Osvobodilna fronta erneut schicksalhaft über die Entwicklung der Volksdemokratie und die Herausbildung sozialistischer Beziehungen debattiert. Das berühmte Programm des Bundes der Kommunisten, welches damals und auf längere Zeit das Interesse der gesamten sozialistischen und fortschrittlichen Welt hervorgerufen hat und welches mit seiner Breite und Weitsicht im Stande war, den Rahmen für eine selbständig außerordentlich dynamische Entwicklung sozialistischer gesellschaftspolitischer und kultureller Beziehungen in der jugoslawischen Gesellschaft zu bieten, wurde auf dem VII. Kongress des BKJ³ im April 1958 in Ljubljana beschlossen. ... Mit dem Programm von Čebine⁴ erwies sich die KP Sloweniens als neue moderne politische Kraft der Volksfront, welche die Demokratie und die andersartige ideelle und politische Überzeugung ihrer Landsleute schätzt und achtet. Ein solches Volksfrontprogramm hatte große Aussichten, einen fruchtbaren Boden unter den slowenischen Volksmassen zu finden, damit die KPS ihren legitimen Platz in der slowenischen Nation festigt. Die Entwicklung, die auf das Programm von Čebine folgte, bestätigt die Einschätzung, dass die slowenische Nation nur ein solch breites Volksfrontprogramm akzeptierte und dass der Partei nur mit diesem der entscheidende Vorstoß in die slowenischen demokratischen Massen gelang“.⁵

„Dieses Programm der Antiimperialistischen Front⁶ war ein Programm sozialistisch-bolschewistischen Typs und dessen Ansatz wurde in die Befreiungsfront übernommen. ... Es ging ihm immer und in erster Linie um die sozialistische Revolution eines ganz bestimmten bolschewistischen Typs. Wenn wir das nicht berücksichtigen, dann sprechen wir völlig ohne Kenntnis, an der Sache vorbei, über die sich die moderne Geschichtswissenschaft im Klaren

³ Bund der Kommunisten Jugoslawiens.

⁴ In Čebine, einem kleinen Dorf nahe Trbovlje, wurde in der Nacht vom 17. auf den 18. April 1937 der Gründungskongress der KPS abgehalten.

⁵ Janko PRUNK, Mesto ustanovnega manifesta KPS med slovenskimi narodnimi programi [Der Platz des Gründungsmanifestes der KPS unter den slowenischen nationalen Programmen], in: Božo Repe, Izročilo Čebine. Posvet ob 50. obletnici ustanovnega kongresa KPS in prihoda Josipa Broza Tita na čelo KPJ [Das Vermächtnis von Čebine. Tagung anlässlich des 50. Jahrestages des Gründungskongresses der KPS und der Übernahme der Führung der KPJ durch Josip Broz Tito], Ljubljana: Komunist 1987, S. 196-204.

⁶ Gemeint ist der Text *Gesla našega osvobodilnega boja* [Die Parolen unseres Befreiungskampfes], erstmals veröffentlicht in der Zeitung *Slovenski poročevalec* vom 22. 6. 1941, der Autor ist Boris Kidrič. Der Text ist abgedruckt als Dok. Nr. 10 in der Dokumentenedition *Dokumenti ljudske revolucije v Sloveniji*, knjiga 1: marec 1941 – marec 1942, ed. Inštitut za zgodovino delavskega gibanja v Ljubljani, Ljubljana 1962, S. 42-43.

ist.“⁷

„Daher war Boris Kidrič ein unerschöpflicher Quell des Glaubens in die revolutionären Ziele und voll Optimismus bei der Überwindung von Schwierigkeiten. Er war ein praktischer revolutionärer Arbeiter und Organisator, zugleich aber auch ein Denker und ein schöpferischer marxistischer Theoretiker, der einen bedeutenden Beitrag zum slowenischen und jugoslawischen sozialistischen Gedanken geliefert hat. Er vereinte in seiner Person die beste slowenische Kulturtradition, den Geist von Prešeren, Levstik und Cankar und verband sie mit dem internationalen revolutionären Geist des Marxismus, womit er den großen Traum der nationalen und sozialen Freiheit zu verwirklichen versuchte. Er ist einer der bedeutendsten Männer der slowenischen und jugoslawischen Geschichte.“⁸

„Die Befreiungsfront hat in der Geschichte der slowenischen Nation einen besonderen, einen grandiosen Platz. ... Daher ist das Schreiben über ein solches Phänomen, das bereits so intensiv wissenschaftlich-dokumentarisch und auch publizistisch bearbeitet ist und über welches so profilierte Einschätzungen vorhanden sind, wie sie über die OF von ihrem genialen Schöpfer Boris Kidrič und auch einigen anderen ihrer Leiter getroffen wurden, überhaupt nicht leicht. Das mindeste, was dem Schreiber einer neuen Abhandlung oder eines historischen Essays passieren kann, ist, dass sein Schreiben dürftig und einseitig ausfallen könnte und nicht im Stande wäre, die gesamte Breite der Aktion und Bedeutung der Befreiungsfront widerzuspiegeln, die alle Lebenssphären der slowenischen Nation erfaßt und sie mit einer bis dahin unbekanntem Kreativität geformt hat.“⁹

„Eine ausgesprochen bolschewistische Sicht auf den nationalen Befreiungskampf und die zukünftige sozialistische Gesellschaft zeigte der unmittelbare Führer des slowenischen Kommunismus in der OF, Boris Kidrič, auf der kommunistischen Konferenz vom 5. bis 8. Juli 1942 auf dem Cink im Hornwald, als er sagte, dass die Partei in dieser Phase des Kampfes noch die christlichen Sozialisten benötige, dass es in der nächsten, das heißt dem Aufbau des Sozialismus, aber zu einem Auseinandergehen mit ihnen kommen werde, denn der Sozialismus könne nur von Marxisten, von dialektischen Materialisten aufgebaut werden. Das ist eine ausgesprochen enge, sektiererische leninistische Sichtweise, die dem Sozialismus in der Welt und in Slowenien einen riesigen Schaden zugefügt hat. Die führenden

⁷ Janko PRUNK, *Kratka zgodovina Slovenije* [Kurze Geschichte Sloweniens], Ljubljana 2002, S. 143. Siehe auch Janko PRUNK, *Pojmovanje revolucije v različnih segmentih OF in NOB* [Das Verständnis der Revolution in verschiedenen Segmenten der OF und NOB], in: Golob, *Žrtve vojne in revolucije*, S. 124-133, hier S. 127.

⁸ Janko PRUNK, *Boris Kidrič*, Ljubljana: Mladinska knjiga 1984, S. 1.

⁹ Janko PRUNK, *Zgodovinsko poslanstvo Osvobodilne fronte slovenskega naroda* [Die historische Mission der Befreiungsfront der slowenischen Nation], in: *Borec* 33 (1981), Nr. 3/4, S. 149.

slowenischen Kommunisten haben daran während des Krieges und danach hartnäckig festgehalten.“¹⁰

Die Entwicklung der Einschätzungen eines zweiten bedeutenden kommunistischen Führers, Edvard Kardelj, durch denselben Autor zeigt ein ähnliches Muster. Über ihn hieß es 1979: „Als eigenständiger und marxistischer Denker, hineingestellt in den Rahmen der kleinen slowenischen Nation, war sich Edvard Kardelj schon von Beginn seiner revolutionären Tätigkeit an der entscheidenden Bedeutung der nationalen Frage für die sozialistische Umgestaltung bewußt, denn in der nationalen Frage des kleinen Mannes sah er auch eine soziale Frage. Daher war ihm der nationale Befreiungskampf in der Tat die Synthese der Lösung der nationalen Frage und der sozialistischen Revolution. ... Aufgrund seines großen politischen Talents hat Kardelj die Rahmen seiner Nation überschritten und wurde zum anerkannten Ideologen der Kommunistischen Partei bzw. des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens und hat auch viel zum Schatz des internationalen marxistischen Denkens beigetragen.“¹¹

Zu den Unterschieden zwischen der „kommunistischen“ und der „modernen“ Geschichtsschreibung ist anzumerken, dass das Referat von Boris Kidrič auf der Parteikonferenz im Juli 1942 bereits seit 1964 jedem Interessierten öffentlich zugänglich war: Es wurde in einer Dokumentenedition¹² veröffentlicht, in ähnlicher Weise wurde in diversen Quellensammlungen in den 1960er und 1970er Jahren auch der Großteil jener Dokumente publiziert, die den Standpunkt von Kidrič und Kardelj und anderer kommunistischer Führer während des Krieges dokumentieren.¹³

2. Die veränderten Verhältnisse in Europa und in der Welt sowie die damit verbundenen Versuche einer anderen Bewertung der Geschichte und der geschichtlichen Symbole

Die europäische (und weltweite) Nachkriegsordnung bestimmten die Sieger und sie gründete

¹⁰ PRUNK, *Pojmovanje revolucije*, S. 127-128.

¹¹ Janko PRUNK, Edvard Kardelj in naša revolucija, in: *Teorija in praksa* 16 (1979), Nr. 7-9, S. 589-863.

¹² Dokumenti ljudske revolucije v Sloveniji, knjiga 2: april 1942 – julij 1942, ed. Inštitut za zgodovino delavskega gibanja v Ljubljani, Ljubljana 1964, Dok. Nr. 98 (Zapisnik partijske konference na Kočevskem Rogu od 5. do 8. julija 1942), S. 208-288 (Protokoll der Konferenz mit dem Referat und div. Diskussionsbeiträgen).

¹³ Siehe zu den veränderten Sichtweisen auch den Beitrag von Janko PRUNK, Čas bi bil, da bi politika zgodovino prepustila zgodovinarjem [Es wäre an der Zeit, dass die Politik die Geschichte den Historikern überlassen würde] (*Delo, Sobotna priloga*, 21. 2. 2004) sowie die Antworten darauf (von Janko Pleterski, Bogdan Osolnik, Branko Marušič, Marjan Tepina) sowie die bereits erwähnte Polemik zwischen Prunk und Griesser-Pečar auf der einen und Ivan Kristan auf der anderen Seite in der Samstagbeilage von *Delo* im März und April 2006.

auf dem Antifaschismus. Die europäische Einigung wurde auf politischer Ebene mit der Überwindung des französisch-deutschen Gegensatzes begonnen. Teil davon war auch die Entnazifizierung in Deutschland (nicht aber auch in Italien, das aber trotzdem unter strenger Kontrolle der Alliierten stand). Der Zweite Weltkrieg ist eine zu komplexes Phänomen, die Allianzen, vor allem aber die Lage der einzelnen Nationen und gesellschaftlichen Gruppen sind so vielfältig – trotz der erwähnten deutlichen und noch heute zumindest verbal gültigen Trennlinie, dem Antifaschismus – und mit ganz unterschiedlichen Ergebnissen, dass sie schon in der Vergangenheit nicht unter einen Nenner gebracht werden konnten, heute aber ist das noch schwieriger.

Daher kann als grundlegende Zäsur im Jahr 1945 der Sieg über den Faschismus und Nazismus gelten, ab hier hat aber dann jeder das Recht auf seine Zweifel. Mit der Erweiterung der Europäischen Union wurden in diese nur positive Prozesse eingebracht, sondern auch zahlreiche Traumata. Die neuen Mitgliedsländer (bzw. Teile ihrer Eliten) versuchen ihre internen Probleme bei der Bewertung der Vergangenheit auf die ganze EU auszuweiten, um ihre Sichtweise auf die Vergangenheit sowohl innerhalb ihrer eigenen Staaten als auch auf der Ebene der EU als „amtliche“ bzw. vorherrschende aufzuzwingen. Dafür gibt es Motive und Ursachen. Von jenen Staaten, die in der EU vor einiger Zeit die Diskussion über ein Verbot kommunistischer Symbole initiiert hatten, war zum Beispiel Litauen vor und nach dem Zweiten Weltkrieg unter sowjetischer Herrschaft, während des Krieges kämpften ihre SS-Einheiten gemeinsam mit Nazideutschland an der russischen Front. Im eigenen Land schickten sie mehr als 100.000 Juden in den Tod. Ungarn war bis zum Jahr 1944 unter der Herrschaft der Pfeilkreuzler, in der Zeit der deutschen Okkupation verschickten sie den Großteil der Juden (auch der Juden aus dem Übermurgebiet!) in NS-Konzentrationslager, danach wurde es von der Roten Armee befreit oder besetzt (je nach Interpretation). Diese Sichtweise knüpft gut an die Lage einiger anderer Mitglieder an, z. B. Österreichs und Italiens. Die italienische Interpretation der Geschichte beginnt – und diese Version wird nun auch schon auf der Ebene europäischer politischer Institutionen propagiert – mit dem „ungerechten“ Pariser Friedensvertrag von 1947, den „Foibe“ und dem Exodus der Italiener aus Istrien und Dalmatien. Für die vorangegangene faschistische Behandlung der Slowenen im Küstengebiet, die zweieinhalbjährige brutale Okkupation der sogenannten *Provincia di Lubiana*, die sich ab 1942 weder in den Zielen noch in der Behandlung von der deutschen Okkupationspolitik unterschied, oder für das Bombardieren und den Einsatz von Giftgas gegen äthiopische Stämme während des Abessinienkrieges gibt es in dieser Interpretation keinen Platz. Dass auch Österreich mit seinem Nazismus nicht ganz im Reinen ist, muss

vermutlich nicht extra bewiesen werden, heute aber möchte es sich in der Rolle des Opfers zeigen, obwohl ihm diese Rolle auf der Moskauer Konferenz im Jahre 1943 mit vielen Wenn und Aber sowie im Kontext nicht genauer festgelegter gemeinsamer Absichten der Alliierten zur Lösung der deutschen Frage zugeteilt wurde. Aus seiner in den Verhandlungen um den Staatsvertrag vor allem nach außen plakatierten Rolle als Opfer Hitlerscher Aggression wurde im innenpolitischen Gebrauch sehr bald die Rolle als Opfer „des Krieges“, der alliierten Bombenangriffe, der (sowjetischen) Besatzung und in Kärnten der „Rache“ der „Titopartisanen“.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten, vor allem nach dem Ende des Kommunismus und der Spaltung der Welt in Blöcke, verschärfte sich auch das Verhältnis zum Kommunismus ungemein. Eine Reihe von Studien über kommunistische Regime¹⁴ stellten den Kommunismus in eine Reihe mit dem Faschismus und Nazismus. Verlegenheit entstand wegen der Allianzen und Kollaborationen während des Krieges. In extremen Interpretationen, auch im slowenischen Raum, seien die antikommunistischen Kollaborateure die ersten, „weitsichtigen“ Kämpfer gegen den Kommunismus und für eine „neue europäische Ordnung“ gewesen (damals natürlich in Hitlers rassistischer Version).

In den Diskussionen über die Vergangenheit, vor allem anlässlich von Jahrestagen, die mit dem Zweiten Weltkrieg und danach mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und des Kommunismus in Zusammenhang stehen, mischen sich ehrliches Bestreben nach einer objektiven Erörterung der Vergangenheit und der Wunsch nach Beruhigung (Versöhnung) mit ganz konkreten Interessen einzelner Staaten und Nationen sowie gesellschaftlicher Gruppen, die manchmal einen mehr oder weniger klare vorgebrachten Wunsch nach Revisionismus (Umwertung, Reinterpretation) implizieren. Daher sind symbolische Handlungen, ausgesprochene Entschuldigungen, die „kompromisshafte“ Sicht auf die Vergangenheit häufig ein oberflächliches Ritual. Die Europäische Union ist keine 450 Millionen starke therapeutische Gruppe, die eine (Selbst)befragung über ihre Geschichte veranstaltet. Sie ist die Summe von vor allem ökonomischen, politischen und geostrategischen Interessen der einzelnen Staaten, Nationen und Interessengruppen. Einige von ihnen gebrauchen (missbrauchen) für die Erreichung ihrer Ziele auch die Geschichte. Wer das nicht begreifen kann und naiv nur an die aufgeschriebenen Ideale oder die vergänglichen Worte der Politiker glaubt, wer in den entstandenen Verhältnissen eine Möglichkeit für die Therapie der eigenen

¹⁴ Vor allem: François FOURÉT, *Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, München – Zürich: Piper 1996; Stéphane COURTOIS et al., *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*, München – Zürich: Piper 1998.

Traumata oder die Affirmation (Umdeutung) der eigenen Rolle und der eigenen ideologischen Sicht auf die Vergangenheit sieht, wird (in geschichtlicher Perspektive betrachtet) in staatlicher und nationaler Hinsicht sicherlich den Kürzeren ziehen. In Slowenien zeigte sich dies vor allem in der Beziehung zu Italien anlässlich der Filmvorführung „Il cuore nel pozzo“ (Das Herz im Abgrund) und bei der Einführung des Staatsfeiertages als Erinnerung an den italienischen Exodus aus Istrien, der in Italien, vor allem aber in Triest, massenhaft begangen wurde und zur Schaffung einer antislowenischen Atmosphäre verwendet wurde. Eine Reihe von slowenischen Persönlichkeiten, darunter auch einzelne Historiker, versuchten damals zu beweisen, dass wir Slowenen uns zuerst selbst von den Nachkriegssünden reinigen müssten, danach würden auch – sagen wir – die Italiener, erkennen, dass wir keine „Slavokommunisten“ mehr sind, sondern gute, freundliche und demokratische Nachbarn, und danach würden auch sie selbst die eine oder andere ihrer Sünden zugeben.

3. Die veränderte ideologische und politische Gestalt Sloweniens

Während sich die vorwiegend liberalen Regierungen in der Zeit der Verselbständigung Sloweniens mit der Geschichte eher am Rande beschäftigten und sie den Fachleuten überließen, wurde das Verhältnis zur Vergangenheit von der rechtsgerichteten Regierung als eine der Prioritäten fixiert, sowohl bei der Kontrolle der Wissenschaft als auch in den Unterrichtsprogrammen, aber auch bei Feiern und öffentlichen Manifestationen. Diesem engagierten Verhältnis ist auch die Einteilung der Historiker geschuldet, und zwar in solche, die als eher herrschaftskonform betrachtet werden (und daher für diverse öffentliche Funktionen und Arbeitsplätze als geeignet erscheinen), und in solche, die dies nicht sind. Drei neue gesetzliche Feiertage wurden verabschiedet. Einer erinnert an den Anschluss eines Teils des Küstengebietes (Primorska) nach dem Zweiten Weltkrieg an Slowenien bzw. Jugoslawien (Inkrafttreten des Beschlusses der Pariser Friedenskonferenz von 1947). Der Jahrestag zur Erinnerung an das Ereignis nach dem Ersten Weltkrieg, als aufgrund der Aktion Rudolf Maisters die südliche Steiermark Jugoslawien zufiel, sollte ursprünglich mit der Feier zum Anschluss des Übermurgebiets (Prekmurje) zusammengelegt werden, wurde aber – auf Druck der Öffentlichkeit und dank des einheitlichen Auftretens der Abgeordneten aus dem Prekmurje – ein eigener Feiertag. Der einstige Tag der Selbstständigkeit zur Erinnerung an das Plebiszit im Jahre 1990 wurde zugleich auch zum Tag der Einheit (zunächst gab es den Vorschlag, den Tag der Einheit mit dem Tag des Anschlusses des Küstengebietes zu verbinden).

Feiern erregten in Slowenien immer Zwist, die Politiker erwiesen (und erweisen) ihre Abneigung zum einen oder anderen Feiertag mit ihrer Nichtteilnahme an den amtlichen Feiern, oder die Parteien veranstalteten eigene Feiern. Es gab auch mehrere Versuche, die Feiern umzuwandeln. Die rechtsgerichtete Partei SDS des Janez Janša schlug bereits 1996 vor, einen Feiertag in Erinnerung an den Anschluss des Küstengebietes einzuführen, womit sie jedoch zugleich den Tag des Widerstandes gegen den Okkupanten als Feiertag abschaffen wollte. Das ist nicht gelungen, daher kann die jetzige Erweiterung der Feiertage als Kompromisslösung betrachtet werden. Stärker als die Feiertage, die im allgemeinen positiv angenommen wurden, waren einzelne Jahrestage und Festreden von Polemiken gekennzeichnet. Diese begannen mit dem Entschluss der rechten Regierung, die Feier zum Gedenken an die Bildung der ersten Nachkriegsregierung nicht zu unterstützen, die vom Slowenischen Volksbefreiungsrat [Slovenski narodnoosvobodilni svet] am 5. Mai 1945 in Ajdovščina ernannt worden war. Nach der negativen Interpretation der rechtsorientierten Teile in der slowenische Politik stelle nämlich die „Regierung von Ajdovščina“ (die „Partisanenregierung“) eine kommunistische Regierung dar und symbolisiere die Machtübernahme nach dem Krieg, obwohl die Seite der Partisanen unzweifelhaft Teil der antifaschistischen Koalition gewesen war, auf jugoslawischer Ebene aber war der Machtdualismus schon längst vorbei, die Domobranzen und ihre Führung aber wurden von den Alliierten als Quislinge angesehen.

Die Relativierung des Beitrags der Partisanen zur Befreiung

Die Relativierung des Beitrags der Partisanen zur Befreiung geschieht im angeführten Kontext auf mehreren Ebenen. Hier einige ausgewählte Beispiele von Thesen mit dieser Zielrichtung:

a) Die These über die angebliche „Kollaboration“ der Kommunisten mit den Deutschen (wegen des Hitler-Stalin-Paktes), und danach mit der Sowjetunion, weswegen es in Slowenien neben der Okkupation durch die drei Aggressoren auch noch eine „bolschewistische Okkupation“ gegeben habe. Über die politischen Zweifel der KPS in den Frühlingsmonaten des Jahres 1941 (in der Zeit vom Angriff auf Jugoslawien bis zum Angriff auf die Sowjetunion) wurde schon einiges geschrieben, aber der Beweis über die angebliche Kollaboration, die vor allem in Oberkrain stattgefunden hätte, fußt nur auf einzelnen Aussagen von Zeitzeugen aus dem gegnerischen Lager (z. B. Dr. Tine Debeljaks). Oberkrain

betreffend muss daran erinnert werden, dass Vencelj Perko und 34 weitere Kommunisten bereits einige Wochen vor dem Überfall auf die Sowjetunion verhaftet wurden, weil sie Waffen gesammelt und den Widerstand organisiert hatten. Sie wurden in den Gefängnissen von Begunje (Vigaun) interniert und wie dort die Deutschen mit ihren angeblichen „Verbündeten“ verfahren, ist historisch ausreichend dokumentiert. Das erste Treffen der Kommunisten aus Oberkrain fand am 20. April 1941 in Slamniki statt (eine Woche vor der Gründung der OF), zu diesem Zeitpunkt hatten sie schon etliche Waffen gesammelt und die prinzipielle Orientierung lief mündlichen Quellen zufolge auf einen Guerillakampf zu einem geeigneten Zeitpunkt hinaus. Die Sowjetunion wurde nach der Niederlage Frankreichs zur ersten Verbündeten Großbritanniens und ermöglichte dadurch erst die Entstehung der antifaschistischen Koalition. Die Tatsache, dass die SU (aus taktischen Gründen) gegen eine „Bolschewisierung“ Jugoslawiens während des Krieges opponierte, ist in der Geschichtsschreibung ebenso überzeugend genug bewiesen.

b) Die These über das „Banditentum“, wonach die Partisanen keine legitime Bewegung gewesen seien (zumindest in der ersten Kriegsphase, bis 1943) und die Okkupanten aus Gründen der „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ das Recht gehabt hätten, mit der Widerstandsbewegung abzurechnen. Am weitesten in diesen Behauptungen geht die bestellte Studie des (mittlerweile verstorbenen) deutschen Juristen Dieter Blumenwitz.¹⁵ Der Autor versucht zu beweisen, dass die Maßnahmen der Okkupanten in Jugoslawien (Repressionen, Geiselnahmen und -erschießungen sowie Exekutionen von Widerstandskämpfern, Deportationen, Vermögensbeschlagnahme und andere Maßnahmen) im Einklang mit dem Völkerrecht gewesen wären und der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gedient hätten. Das Buch erregte Reaktionen und Polemiken zwischen Jože Dežman und Tamara Griesser-Pečar einerseits sowie einigen Juristen andererseits. Vom rechtlichen Standpunkt aus wurde die Studie von Dr. Ljubo Bavcon und Dr. Dragan Petrovec zurückgewiesen.¹⁶ Im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg hatten die Polemiken breitere Ausmaße erreicht und es nahmen noch weitere Personen daran teil wie z. B. Janko Prunk, Ivan Kristan, Janez J.

¹⁵ Dieter BLUMENWITZ, *Okkupation und Revolution in Slowenien (1941-1946). Eine völkerrechtliche Untersuchung (= Studien zu Politik und Verwaltung, 81)*. Wien – Köln – Graz: Böhlau 2005. (Slowenische Übersetzung: *Okupacija in revolucija v Sloveniji (1941-1946)*. Mednarodnopravna študija, Celovec – Ljubljana – Dunaj: Mohorjeva 2005.)

¹⁶ Siehe z. B. Ljubo BAVCON, *Pravni in mednarodni vidiki narodnoosvobodilnega gibanja [Rechtliche und völkerrechtliche Aspekte des nationalen Befreiungskampfes]*, in: *Narodnoosvobodilni boj v slovenskem narodovem spominu*. Slovenski zbornik 2007, Ljubljana: GO ZZB NOB Slovenije 2007, S. 33-43.

Švajncar und andere.¹⁷

c) Die These, die Partisanenbewegung hätte mit ihren Aktionen die Okkupanten absichtlich provoziert, um diese zu Repressalien gegen die Zivilbevölkerung zu bewegen, was viele unnötige Opfer gefordert hätte, verbunden mit einer Minimierung der militärischen Bedeutung der Aktionen des Widerstandes.¹⁸ In vier Jahren hätten die Partisanen „nur“ etwas mehr als tausend feindliche Soldaten getötet (die Kollaborationseinheiten werden in diesem Kontext automatisch zu den „Opfern der Revolution“ gezählt), der Großteil des Engagements sei auf gegenseitige Abrechnungen und auf den Bürgerkrieg gerichtet gewesen. Dabei wird einiges „vergessen“: die massenhafte Beteiligung an der OF und ihre nichtmilitärische Tätigkeit, verbunden mit zahlreichen Organisationen und den humanitären Aufgaben, außerdem die Deportationen und die Zwangsmobilisierungen zum Militärdienst auf deutscher Seite, die ohne Widerstand noch massenhafter ausgefallen wären. Vergessen wird auf das Verhältnis zwischen den ausgebildeten und sehr gut bewaffneten Okkupationseinheiten und – zumindest gilt das für die erste Zeit – ungeübten Partisanen mit veralteter und einfachster Bewaffnung. Weiters wird vergessen, dass die slowenischen Partisaneneinheiten trotz starkem Druck und Repressionen das slowenische Territorium nie verlassen haben und dass sie – in Übereinstimmung mit dem Grundsatz des Vereinten Slowenien – den Widerstand auf das gesamte slowenische Gebiet ausgedehnt haben. Vergessen wird auf die internationalen Verpflichtungen der Widerstandsbewegung, die seit dem Frühjahr 1943 Aktionen in Koordination mit den Westalliierten (vor allem Angriffe auf infrastrukturelle Objekte) durchführte (davon erschienen in den amerikanischen Zeitschriften sogar Strips), weiters auf die Tatsache, dass auch Überseeinheiten entstanden waren und dass am Ende des Krieges die Partisanenarmee zwischen 35.000 und 40.000 Kämpfer und Kämpferinnen in ihren Reihen hatte sowie auf eine Reihe anderer Faktoren, die ein klares Bild von der Verzweigung und Breite der nationalen Befreiungsbewegung geben.

Das Angeführte schließt die Notwendigkeit nach einer argumentierten und kritischen Bewertung des bewaffneten Widerstandes und seiner Fehler nicht aus, jedoch unter Berücksichtigung der damaligen komplexen und komplizierten Umstände in den einzelnen

¹⁷ Siehe die Polemiken unter dem Titel *Okupacija in revolucija, Revizija II. svetovne vojne, NOB = revolucionarno nasilje [Okkupation und Revolution, Revision des II. Weltkrieges, NOB = revolutionäre Gewalt]* in der Zeitung *Delo*, Januar – April 2006.

¹⁸ Diese These wird in der Historiographie z. B. vertreten von Tamara GRIESSER-PEČAR, *Das zerrissene Volk – Slowenien 1941-1945. Okkupation, Kollaboration, Bürgerkrieg, Revolution (= Studien zu Politik und Verwaltung, 86)*, Wien – Köln – Graz: Böhlau 2003, S. 365: „Tatsächlich haben die Sabotageaktionen der Partisanen in Slowenien, wie sich im heutigen Rückblick aus dem Verlauf des Krieges und der Okkupation ergibt, nichts dazu beigetragen, die Besatzungsmächte zu behindern oder auch nur ihre militärische Lage zu verschlechtern.“

Gebieten und Zeitabschnitten, nicht aber pauschal „rückwirkend“ oder nur mit der Argumentation der Gegner der Volksbefreiungsbewegung. Zur Illustration möchte ich mich nur auf ein Segment einschränken: In der Kritik der bewaffneten Aktionen im ersten Kriegsjahr, die zwar in einigen sonst guten historischen Arbeiten zu finden ist, erscheint mir z. B. die bloße Bezugnahme auf das Referat von Lojze Ude vor den christlichen Sozialisten am 8. Jänner 1942 fachlich korrekt, aber ungenügend. Ude, der sich später selbst den Partisanen anschloss, gestand in seiner Kritik selbst ein, dass die Dinge leichter auszusprechen seien als sich danach zu richten und dass „das Auftreten der Okkupanten, vor allem in jenem Teil Sloweniens, der von den Deutschen besetzt ist, uns fast täglich in Situationen bringt, die Widerstand hervorrufen“.¹⁹ Seine Rede hatte (auch) die Funktion, die Tätigkeit der OF zu verbessern und unterzog die Kollaboration einer scharfen Kritik.

Die Funktion der Minimierung der Rolle der OF hat auch die Überbetonung der Rolle der Organisation TIGR, die in der slowenischen Historiographie ohne Zweifel eine stärkere Berücksichtigung verdient, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Doch bleibt es eine Tatsache, dass es während des Zweiten Weltkrieges nicht um zwei vergleichbare Organisationen, die OF und TIGR, geht, sondern dass die OF nach der Okkupation den Kampf der TIGR-Aktivistinnen fortsetzte, in einer erweiterten Version auf dem gesamten slowenischen Territorium.

d) Die Relativierung erfolgt auch mittels selektivem Umgang mit Zeitabschnitten (Vernachlässigung ideologischer Konflikte vor dem Krieg und des chronologisch nachweisbaren Vorgangs: Okkupation – Kollaboration – Widerstand – Revolution), dem Minimieren der Dimensionen der Kollaboration als lediglich opportunistisches bzw. „funktionelles“ Handeln, mit dem Einschränken der historischen Betrachtung nur auf die Frage der Revolution und mit der Betonung, dass die slowenische Spaltung und der Bürgerkrieg wegen des Vorgehens der Kommunisten im Herbst 1941 begonnen hätten.²⁰ In diesen Kontext gehört auch die These, dass der Vatikan eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten verboten habe, obwohl bekannt ist, dass der Krieg und die Allianz des Westens mit der Sowjetunion die Interpretation der antikommunistischen Enzykliken verändert hatten.

¹⁹ Lojze UDE, Moje mnenje o položaju. Članki in pisma 1941-1944 [Meine Meinung zur Lage. Artikel und Briefe 1941-1944], red. v. Boris Mlakar, Ljubljana: Slovenska matica 1994, S. 8.

²⁰ Dieser Vorgehensweise widersprach wiederholt das Akademiemitglied Dr. Janko Pleterški: „Freilich ist auch das Interesse historisch legitim, das sich ausschließlich auf die Frage der revolutionären Veränderungen bezieht, wenn es nicht in ein unhistorisches Tun abgeleitet, das historische Vorgänge lediglich als Folge verschwörerischer Wühlarbeit auserkorener Subjekte erforscht.“ (Janko PLETERSKI, Senca ajdovskega gradca, Ljubljana: samozaložba 1993, S. 30).

Das ist oft verbunden mit der These, dass das Königreich Jugoslawien ein parlamentarisch-demokratischer Staat gewesen sei und die Repräsentanten der bürgerlichen Parteien legal gewählte (und legitime) Repräsentanten des slowenischen Volkes auch während des Krieges, obwohl sie während der Okkupation zumindest öffentlich ihrem alten Staat entsagt hatten.²¹ Doch bestehen bei den Protagonisten dieser These bezüglich der Bewertung des Königreiches Jugoslawien einige Widersprüche. So gibt Tamara Griesser-Pečar zwar zu, dass die Wahlen im Königreich in den dreißiger Jahren „mündlich und öffentlich“²² durchgeführt wurden, in der Polemik in der Samstagbeilage der Zeitung *Delo* schreibt sie aber ohne den Schatten eines Zweifels, die OF hätte kein legitimes Recht gehabt, den anderen Parteien das Recht auf Widerstand abzusprechen (womit man einverstanden sein kann, aber das gleiche müsste auch für die andere, die bürgerliche, Seite gelten). Weiters schreibt sie: „Vor allem jenen nicht, die tatsächlich die Repräsentanten des Volkswillens waren, weil sie bei den letzten legalen Vorkriegswahlen gewählt wurden.“²³ Gerade diese „Repräsentanten des Volkswillens“ wirkten am Ausschluss der KP aus dem öffentlichen Leben und an den Abrechnungen mit ihr mit, obwohl sie nach dem Ersten Weltkrieg die drittstärkste Partei gewesen war (in der demokratischen Tschechoslowakei aber saßen die Kommunisten im Parlament und nicht in den Gefängnissen). Dass die Wahlen in den dreißiger Jahren alles andere als den Willen des Volkes darstellten, hat bereits das verstorbene Akademiemitglied Bogo Grafenauer nachgewiesen.²⁴ Illustrativ ist auch, dass sich im Slowenischen Bund (*Slovenska zaveza*) die bürgerlichen Politiker ihre Posten aufgrund der Wahlen aus dem Jahr 1927 aufteilten und nicht aufgrund der Wahlen des Jahres 1938.

Es wird auch angeführt, die kommunistische Revolution während des Krieges und nach ihm hätte den vor dem Krieg erreichten ökonomischen Standard und die Demokratie zunichte gemacht und die Slowenen in jeder Hinsicht auf das Abstellgleis der Entwicklung geführt. Die wissenschaftliche Historiographie unterstützt diese These nicht – trotz Anerkennung der Verdienste, die das Königreich Jugoslawien vor allem für die slowenische Kultur und Wirtschaft hatte – und sieht in seinen sozialen und internationalen Konflikten die Ursachen

²¹ Es ist bekannt, dass die Politiker – z. B. der Ban der Draubanschaft –, die vor dem Krieg dem jugoslawischen Regenten Treue geschworen hatten, nach der Okkupation die Annexion eines Teils des slowenischen bzw. jugoslawischen Territoriums an Italien – in der sanftesten, nicht adaptierten Version – „zur Kenntnis nahmen“ und in Rom Mussolini ihre Ehre erwiesen, die Bürgermeister schworen dem italienischen König ihre Treue usw.

²² Tamara GRIESSER-PEČAR, *Das zerrissene Volk*, S. 18.

²³ *Delo, sobotna priloga*, 8. 4. 2006, S. 29.

²⁴ Bogo GRAFENAUER, *Diferenciacija in grupiranje političnih tokov v slovenskem političnem življenju od 1935 do konca 1940* [Die Differenzierung und Gruppierung politischer Strömungen im slowenischen politischen Leben von 1935 bis Ende 1940], in: *Slovenski upor 1941. Osvobodilna fronta slovenskega naroda pred pol stoletja. Zbornik referatov na znanstvenem posvetu v dneih 23. in 24. maja 1991 v Ljubljani*. Ljubljana: SAZU 1991, S. 7-20.

für das Geschehen auch während des Zweiten Weltkrieges. So charakterisiert Boris Mlakar die Zusammenhänge der gesellschaftlichen Prozesse im Jugoslawien der Zwischenkriegszeit mit den Verhältnissen während des Zweiten Weltkrieges folgendermaßen: „Für das Vorkriegsjugoslawien kann man sagen, dass einiges charakteristisch war, was danach in gewisser Weise, direkt oder indirekt, die Entwicklung der Ereignisse auf seinem Gebiet während des Krieges bzw. der Okkupation bedingt hat.“²⁵ Der Autor erwähnt die multinationale Zusammensetzung, soziale und politische Spannungen, das autoritäre Regime, das die Spannungen in seinem Wunsch nach deren Kontrolle noch zusätzlich generierte, was unter den Kriegs- und Okkupationsbedingungen zum Aufkeimen von chauvinistischen und profaschistischen Bewegungen führte, die eine Zerschlagung Jugoslawiens zum Ziel hatten, was mit den strategischen Zielen der Okkupanten übereinstimmte. Ähnlich wird die Lage auch in anderen neueren Werken beschrieben.²⁶

Die Kommunisten, eine kleine verschwörerische Gruppe, hatten in der revisionistischen Sicht ausschließlich einen revolutionären Charakter, nicht aber auch den einer auf die nationale Befreiung ausgerichteten Bewegung. Weil sie der bürgerlichen Seite angeblich das Recht auf Widerstand abgesprochen hätten²⁷, hätten sie damit auch deren Widerstand verhindert (verunmöglicht). Es ist jedoch bekannt, dass in vielen Ländern durchaus mehrere Richtungen des aktiven bewaffneten Widerstandes existierten (Polen, Frankreich, Italien, Griechenland) und die Bedingungen dafür auch in Slowenien vorhanden waren. Die Position des bürgerlichen Lagers aber wäre bei einem eventuellen aktiven Widerstand auch in den Augen der westlichen Alliierten eine wesentlich andere gewesen. Eine „ausschließlich“ nationale Befreiung, ohne Revolution (und infolgedessen ohne Bürgerkrieg), sei für die kommunistische Partei ohne Bedeutung gewesen und deren Patriotismus lediglich ein Mittel zur Erreichung des Klassenzieles. Versuche, diese These zu beweisen, arbeiten unter anderem mit entsprechend zugerichteten Aussagen, wonach die „Kommunisten den bewaffneten Widerstand gegen den Okkupanten nur dann aufnehmen werden, wenn sich ihnen auch die Möglichkeit einer Revolution bieten wird“ bzw. (nach einer anderen Variante) sie würden in den antifaschistischen Kampf dann eintreten, wenn dieser der Sowjetunion nützte. Das wäre bereits aus dem Referat Edvard Kardeljs auf der 5. gesamtstaatlichen Konferenz der KPJ (19.

²⁵ Boris MLAKAR, Slovensko domobranstvo 1943-1945, Ljubljana: Slovenska matica 2003, S. 13.

²⁶ Siehe z. B. das Standardwerk Jasna FISCHER et al. (Red.), Slovenska novejša zgodovina. Od programa Zedinjena Slovenija do mednarodnega priznanja Republike Slovenije 1848-1992 [Neuere slowenische Geschichte. Vom Programm des Vereinten Slowenien bis zur internationalen Anerkennung der Republik Slowenien 1848-1992], 2 Bde., Ljubljana: Mladinska knjiga 2005.

²⁷ Dabei wird vergessen, dass die Ausgrenzung nach dem Überfall des Draža Mihajlović auf die Partisanen eine wechselseitige war.

bis 23. Oktober 1940 bei Zagreb) ersichtlich.²⁸ Der Konferenzinhalt war jedoch ein wesentlich anderer, bezogen auf die damalige Situation in Jugoslawien, der bewaffnete Widerstand wird nicht erwähnt und die Komintern lehnte den Versuch einer Machtübernahme durch die KPJ in den damaligen krisenhaften jugoslawischen Verhältnissen ab. Die Kommunisten sahen im Krieg zweifellos auch die Gelegenheit, eine Revolution durchzuführen und stellten dies in einzelnen Phasen auch in den Vordergrund (vor allem vor dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion), sie waren aber auch bereits unter den Freiwilligen im April 1941, die Slowenien schützen sollten, und „... sicherlich ging es bei den Nichtkommunisten und auch beim Großteil der Kommunisten in subjektivem Sinne auch oder sogar vor allem um eine Tat des Widerstandes“.²⁹

e) Zuletzt sei noch die These erwähnt, dass die kommunistische Natur der Widerstandsbewegung und der jugoslawischen Nachkriegsordnung die Idee vom Vereinten Slowenien verhindert hätte und insbesondere für den Verlust Triests verantwortlich sei. Darüber wurden bereits einige historische Diskussionen und Polemiken geführt.³⁰ Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass das bürgerliche Lager in London praktisch nichts erreicht hatte, geht die historische Forschung davon aus, dass eventuell eine teilweise Korrektur der westlichen slowenischen Grenze entlang der sogenannten Wilson-Linie aus der Zeit des Ersten Weltkrieges möglich gewesen wäre, wobei jedoch für die Slowenen kein freier Zugang zum Meer vorgesehen war. Als im Jahr 2005 der Jahrestag der Eingliederung von Primorska (Küstenland) erstmals als gesetzlicher Feiertag begangen wurde, lautete die politische Interpretation dahingehend, dass Slowenien nach 1945 Triest, Görz und sogar einen Teil Julisch Venetiens verloren hätte. Der damalige Ministerpräsident Janez Janša meinte in seiner Rede: „Am 15. September erinnern wir uns auch an eine teilweise Wiedergutmachung des Unrechts, das uns 1915 durch den Londoner Pakt zugefügt wurde. Hätte die damalige kommunistische Führung Nachkriegsjugoslawiens nicht den Weg auf die totalitäre Seite des Eisernen Vorhangs eingeschlagen, hätten wir auch mit Triest, Görz und Beneška Slovenija

²⁸ Diese These wird in der erwähnten Polemik im *Delo* von Janko PRUNK und Tamara GRIESSER-PEČAR vertreten. In den erwähnten Polemiken im *Delo* antwortete ihnen Bojan GODEŠA mit dem Zitieren von Kardeljs Rede. Siehe auch GRIESSER-PEČARS Rezension des Buches *Slovenska novejša zgodovina* in der Zeitschrift *Ampak*, Februar 2006, und die Antwort GODEŠAS in der Aprilnummer. Für eine ganzheitliche Einschätzung der 5. gesamtstaatlichen Konferenz der KPJ siehe FISCHER, *Slovenska novejša zgodovina*, Bd. 1, S. 406-407.

²⁹ Boris MLAKAR, *Slovensko domobranstvo*, S. 18. Mehr darüber auch bei Bojan GODEŠA, *Priprave na revolucijo ali NOB?* [Vorbereitung der Revolution oder Nationaler Befreiungskampf?], in: Ferdo Gestrin et al. (Red.), *Slovenski upor 1941. Osvobodilna fronta slovenskega naroda pred pol stoletja. Zbornik referatov na znanstvenem posvetu v dneih 23. in 24. maja 1991 v Ljubljani*, Ljubljana: Slovenska akademija znanosti in umetnosti 1991, S. 69-85.

³⁰ Mehr dazu bei Bojan GODEŠA, *Možnosti za Zedinjeno Slovenijo med drugo svetovno vojno: med pričakovanji in stvarnostjo*. [Möglichkeiten für ein Vereintes Slowenien während des Zweiten Weltkrieges: zwischen Erwartungen und Realität], in: *Prispevki za novejšo zgodovino* 46 (2006) 1, S. 309-328.

rechnen können.³¹ Ein Jahr darauf erwähnte derselbe Redner Slowenisch-Venetien nicht mehr: „Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg verschärfte das Sterben Triests noch, wir Slowenen aber verloren vor allem wegen der Belgrader Machthaber auch noch Görz.“³² Diese etwas einfache Sichtweise wurde vom Historiker Jože Pirjevec folgendermaßen kommentiert: „Wer nur ein wenig Kenntnis besitzt über den Ablauf des diplomatischen Feilschens, das von den Außenministern der Großen Vier im Mai und Juni 1946 in Paris abgesteckt wurde, weiß, dass diese Behauptung aus der Luft gegriffen ist. Die erwähnten ‘Genossen’ kämpften in Wirklichkeit für Görz wie die Löwen. Wenn jemand dafür Schuld trägt, dass wir es nicht bekamen, dann sind das die heutigen Verbündeten in der Nato, die Amerikaner, Briten und Franzosen, vor allem aber die Sowjets, deren Außenminister Molotow uns in Wirklichkeit im Stich gelassen hatte.“³³

Bei den Versuchen, den Schaden der Politik der Befreiungsfront für die slowenischen nationalen Interessen nachzuweisen, kommt man auch wegen ihres Beitrages zur slowenischen Staatlichkeit in Verlegenheit, und zwar durch z. B. folgende Errungenschaften, die bereits während des von den Kommunisten geführten nationalen Befreiungskampfes grundgelegt wurden: Republikstatus für Slowenien im Nachkriegsjugoslawien; das Recht auf Selbstbestimmung inklusive des Rechtes auf Abtrennung, in allen jugoslawischen Nachkriegsverfassungen festgeschrieben; eine eigene Nationalversammlung und Regierung; seit den siebziger Jahren eine eigene Präsidentschaft auf der Ebene der Republik; die Grenzen, die von Slowenien im Rahmen des sozialistischen Jugoslawien erreicht und international anerkannt wurden.

Sowohl im nationalen als auch internationalen Kontext wurde diese Verlegenheit noch offensichtlicher in der Frage der Haltung zum jugoslawischen Kriegsparlament AVNOJ und seinen Beschlüssen. Die Diskussion darüber wurde nach der Verselbstständigung Sloweniens ausgelöst durch Forderungen aus Österreich, Slowenien solle die AVNOJ-Beschlüsse aufheben und das nationalisierte Vermögen rückerstatten.³⁴ Die „einheimische“ Kritik eines

³¹ Zit. nach *Dnevnik*, 17.9.2005 (Primorska si zasluži poseben dan [Das Küstengebiet verdient einen eigenen Tag]).

³² Govor predsednika Vlade RS Janeza Janše na državni slovesnosti ob prazniku vrnitve Primorske k matični domovini [Rede des Ministerpräsidenten der RS Janez Janša auf der Staatsfeier zum Feiertag der Rückkehr des Küstenlandes zum Mutterland], Cerje na Krasu, 15. 9. 2006, <http://www.nekdanji-pv.gov.si/2004-2008/nc/si/splosno/cns/novica/article/790/1244/index.html> (abgerufen 15.03.2011).

³³ *Primorski dnevnik*, 21. 9. 2006. Pirjevec fügt noch ein Zitat aus den Erinnerungen von Kardelj über sein hartes Gespräch mit Molotow hinsichtlich Görz an.

³⁴ Es geht um zwei Erlässe des AVNOJ-Präsidiums vom 21. November 1944, und zwar über den Übergang von Feindvermögen in Staatseigentum und über die Aberkennung der Bürgerrechte der Jugoslawiendeutschen (wobei anzumerken ist, dass der zweitgenannte nicht im Amtsblatt veröffentlicht wurde und nur in deutscher Übersetzung existiert). Mehr darüber bei Dušan NEČAK (Red.), „Nemci“ na Slovenskem 1941-1955. Izsledki

Teils der Historiker und Politiker zielt auf das „Revolutionäre“ des AVNOJ (trotz internationaler Anerkennung), wogegen z. B. die Beschlüsse im Zusammenhang mit dem Anschluss des Küstengebietes [Primorska] zumindest in aller Stille gutgeheißen werden.³⁵

Der Kommunismus in den Augen der Slowenen

Der Kommunismus bzw. Sozialismus³⁶ erlebte seit dem Aufkommen dieser Idee oder Bewegung im slowenischen Gebiet sowohl euphorische Lobeshymnen als auch scharfe Kritik. Vermutlich ist es fragwürdig oder zumindest übertrieben, in allen Fällen von der Schaffung von Mythen bzw. Antimythen zu sprechen, sicherlich aber kann von einem Syndrom gesprochen werden, das sich stark in das Bewusstsein der Generationen seit Ende des Ersten Weltkrieges bis in die neunziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts mit positivem oder negativem Vorzeichen eingepägt hatte. Wenn man – mit einer bestimmten Reserve – trotzdem die Begriffe Mythos und Antimythos verwendet (in Wirklichkeit geht es eher um historische Konstrukte), kann man das Verhältnis der Slowenen zum Sozialismus in einige Kategorien bzw. Zeitrahmen einteilen.

Der Ursprungsmythos entspringt der Überzeugung, dass das im Zuge der Oktoberrevolution entstandene Gesellschaftssystem das demokratischste und gerechteste System auf der Welt sei, also die Gesellschaftsordnung der Zukunft, vor allem den Unterschichten gewogen, vor allem der Arbeiterklasse. Diese These war in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen verbreitet, eine kurze Zeit nach dem Ersten Weltkrieg herrschte unter dem Eindruck der revolutionären Gärung häufig auch die Überzeugung, dass der Kommunismus sich ausbreiten und in Europa und danach in der ganzen Welt herrschen wird. Als Antimythos dazu herrschte

projekta, Ljubljana: Znanstveni inštitut Filozofske fakultete 1998 (2., aktualisierte Aufl. 2002, hier zu den Erlässen insbesondere S. 253-255); Dušan NEČAK (Red.), Die „Deutschen“ in Slowenien (1918-1955). Kurzer Abriß / „Nemci“ na Slovenskem (1918-1955). Kratek oris, Ljubljana: Znanstveni inštitut Filozofske fakultete 1998; Dušan NEČAK et al. (Red.), Slovensko-avstrijski odnosi v 20. stoletju / Slowenisch-österreichische Beziehungen im 20. Jahrhundert (= Historia, 8), Ljubljana: Oddelek za zgodovino Filozofske fakultete 2004.

³⁵ Vgl. dazu Božo REPE, AVNOJ: Historische Tatsache und aktuelle politische Frage, in: *Ost-West-Gegeinformatoren* 14 (2002) 2, S. 12-17.

³⁶ Terminologisch ist die Verwendung des Begriffes *Kommunismus* als Idee für den Zeitraum bis 1945 korrekter, danach aber die Verwendung des Begriffes *Sozialismus*, denn das System (und seit 1963 auch der Staat) hat sich so benannt (davor ging es um das System der Volksdemokratie und die Volksrepublik). Die kommunistische Gesellschaftsordnung sollte erst das Endziel des Sozialismus sein. Nach der Einführung des Mehrparteiensystems begann man für den Zeitraum zwischen 1945 und 1990 statt des Begriffs Sozialismus häufiger den Begriff Kommunismus zu verwenden. Dies ist zwar auch Praxis zahlreicher Autoren außerhalb Sloweniens, dies impliziert jedoch die These, dass es zwischen dem Selbstverwaltungssozialismus und dem realen Sozialismus im Grundsätzlichen keine wesentlichen Unterschiede gegeben und der „Totalitarismus“ also bis zum Jahr 1990 gedauert hätte). Aus pragmatischen Gründen wird in diesem Aufsatz zwischen den beiden Begriffen nicht differenziert.

die Überzeugung, das kommunistische System sei verbrecherisch, gottlos, der schlimmste Feind der Slowenen und des Katholizismus, daher müsse unter allen Umständen verhindert werden, dass er in Slowenien an Einfluss gewinnt oder sogar überhandnimmt, was im slowenischen Kontext auch implizierte auch implizierte zu verhindern, dass die KP im Rahmen des Parlamentarismus eine anerkannte Partei werden könnte.

Sowohl der Mythos als auch der Antimythos existierten auch während des Zweiten Weltkrieges, sogar in verstärkter Form: Auf revolutionärer Seite mit der Überzeugung, dass einzig die Sowjetunion fähig sei, Nazideutschland Widerstand zu leisten und diese daher die stärkste Verbündete der Slowenen sei, auf antirevolutionärer Seite aber mit dem Standpunkt, dass die KP (OF) den Krieg und den nationalen Befreiungskampf zur Erreichung revolutionärer Ziele missbrauche, weswegen die Kollaboration und die bewaffnete Mitwirkung mit den Okkupanten gegen die Widerstandsbewegung berechtigt und legitim seien bzw. das kleinere Übel als der Kommunismus.

In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich politisch die These durch, dass die neue jugoslawische (slowenische) Macht nach dem Muster der Sowjetunion ein neues System aufbaut (das System der Volksdemokratie), das Gerechtigkeit garantiere und allen Werktätigen ein gutes Leben, dass es keine Ausbeutung mehr geben werde wie im einstigen Jugoslawien. Es werde überhaupt keine Ausbeutung mehr geben. Vor allem im Westen existierte zugleich die Antithese, dass Jugoslawien (Slowenien) ein kommunistisches Land und treuester Verbündeter der Sowjetunion geworden sei.

Nach dem Informbüro-Konflikt im Jahre 1948 und mit der Einführung der Selbstverwaltung in den Betrieben veränderte sich die Position. Die sowjetische Variante des Sozialismus sei genauso ausbeuterisch geworden wie der Kapitalismus, eine wirkliche Mitbestimmung der Menschen, Fortschritt und eine gerechte Gesellschaft könne nur die Selbstverwaltung garantieren. Die Antithese vor allem in Kreisen der politischen Emigration war, dass die Selbstverwaltung das Wesen des Sozialismus in Jugoslawien nicht verändert hätte und dass es noch immer um ein bolschewistisches Gesellschaftsmodell gehe.

In den 1970er Jahren, nach der Abrechnung mit dem „Liberalismus“, entstand ein neuer Mythos: Das Delegiertensystem, beruhend auf dem Pluralismus der selbstverwalteten sozialistischen Interessen, sei das demokratischste System auf der Welt, demokratischer als der reale Sozialismus und die klassischen parlamentarischen Systeme, denn es ermögliche Mitbestimmung für den breitesten Kreis der Bürger und garantiere zugleich einen hohen

persönlichen und gesellschaftlichen Standard. Die Gegenthese behauptete, das System verschleierte lediglich, dass die Macht in der Gesellschaft tatsächlich vom Bund der Kommunisten bzw. einer kleinen Schicht von „Genossen“ ausgeübt werde.

Nach dem Ende des Sozialismus (Kommunismus) begann eine veränderte Position aufzutreten, dass in Slowenien 45 Jahre lang der Totalitarismus geherrscht hätte, der im Wesentlichen die ganze Zeit über unverändert geblieben sei. Der Einwand dazu lautete, dass der Sozialismus in den ersten Nachkriegsjahren war zwar wirklich totalitär gewesen sei, später aber (vor allem seit den 1960er Jahren) im großen und ganzen ein gutes System, welches offene Grenzen hatte, den Bürgern einen starken sozialen Schutz, gleiche Bildungschancen, Vollbeschäftigung und einen relativ hohen Lebensstandard bot.

Die Kommunisten: das „größte Übel“ in der Geschichte des slowenischen Volkes?

Nach dem Ende des Sozialismus (Kommunismus) gestaltet sich das negative („verbrecherische“) Bild des slowenischen Kommunismus vorwiegend wegen der Tötung der Domobranzen und anderer politischer Gegner, der politischen Prozesse und diverser Repressionsformen sowie der Einführung eines totalitären Systems nach sowjetischem Muster nach dem Krieg. Dazu kommt der Vorwurf der Usurpation der Befreiungsbewegung während des Krieges und die Annäherung/Anlehnung an die Sowjetunion (bis zum Jahre 1948). Die Kritik kam stufenweise in das öffentliche Bewusstsein, bereits in der letzten Phase des Sozialismus, seit der ersten Hälfte der achtziger Jahre. Damit stehen auch die Bewertungen über die Legalität und Legitimität des Systems nach 1945 in Zusammenhang.³⁷ Im Lichte dieser Vorfälle wird die gesamte Tätigkeit der Kommunisten beurteilt und ihre gesellschaftliche Rolle problematisiert (als illegale Vorkriegsorganisation haben sie kein Recht auf eine gleichberechtigte gesellschaftliche Rolle wie andere politische Subjekte, obwohl sie das undemokratische jugoslawische Regime außerhalb des Gesetzes gestellt hatte und obwohl die Legitimität der bürgerlichen Parteien in den dreißiger Jahren zumindest fragwürdig ist, denn sie stellten sich nicht demokratischen Wahlen, das jugoslawische Parlament war nach dem Cvetković-Maček-Abkommen (vom August 1939) überhaupt nicht funktionsfähig, das Regime gründete für seine Gegner Konzentrationslager, der Staat

³⁷ Zu diesem Thema gab es eine Fachdiskussion (neben den bereits erwähnten Zeitungspolemiken) auf der Konferenz *Slovenci in leto 1941* [Die Slowenen und das Jahr 1941] im April 2001 – siehe deren Dokumentation in der Zeitschrift *Prispevki za novejšo zgodovino* 41 (2001) 2. Darin ist der Großteil der polemischen Diskussion veröffentlicht, was in der slowenischen Historiographie eine Seltenheit darstellt.

verabschiedete unter Innenminister Anton Korošec eine antijüdische Gesetzgebung, während des Krieges aber waren die bürgerlichen Parteien unfähig, auf die geschichtliche Herausforderung zu reagieren). Die Organisation der Widerstandsbewegung, die Rolle im Widerstand und der Beitrag zur Festlegung der slowenischen Grenzen und Staatlichkeit, der Bruch mit der Sowjetunion und mit dem Stalinismus, die Durchführung der Modernisierungsprozesse, die sie auf ihre spezifische (auch repressive) Weise, mit sozialer Planung nach dem Krieg durchführten, weil die vorige politische Elite dies durchzuführen nicht in der Lage war oder nicht wollte (sozial gerechtere Gesellschaft, Frauenemanzipation, Trennung von Kirche und Staat, Industrialisierung der slowenischen Gesellschaft) werden von der negativen Seite ihrer Tätigkeit überschattet. Obwohl aus den Umfragen hervorgeht, dass der Zeitabschnitt des Sozialismus nachsichtig, sogar positiv, betrachtet wird, ist eine wirkliche Bewertung (vor allem bei jüngeren Generationen) schwer messbar. Auf politologisch-soziologischer Ebene versucht man die Verlegenheit um die Bewertung der kommunistischen Ideologie und der Rolle der Kommunisten mit der Unterscheidung der Kommunisten als Menschen (mit guten Absichten) und der kommunistischen Politik und Ideologie als negative, aus der Logik des Bolschewismus hervorgehende Erscheinung zu lösen. Freilich gibt es diese Verlegenheit nicht nur bei den Kommunisten: „Verdienste für das Volk“ sind eben oft nicht im Einklang mit der Demokratie. Was die Historiographie betrifft, würde ich die Einschätzung riskieren, dass sich der Großteil der slowenischen Zeithistoriker innerhalb einer ausgewogenen Suche nach guten und schlechten Seiten bewegt, sich aber in einer ganzheitlichen Beurteilung der slowenischen kommunistischen Bewegung und leitender Kommunisten noch auf der Suche befindet, was nicht zuletzt auch darin zu sehen ist, dass es keine ganzheitliche monographische Studie über die Geschichte der slowenischen kommunistischen Bewegung und Partei gibt, aber auch keine Biographien über führende/leitende kommunistische Persönlichkeiten. Ein Teil der Autoren (auch der Historiker) vertritt Thesen über das Verbrecherische der Kommunisten während des Krieges und danach, über einen fünfundvierzigjährigen Totalitarismus, wobei sich der slowenische Kommunismus (Sozialismus) in seinem Wesen nie vom sowjetischen unterschieden hätte.³⁸

³⁸ Die Diskussionen über einen fünfundvierzigjährigen Totalitarismus waren besonders intensiv anlässlich der Ausstellung und des Erscheinens des Buches Drago JANČAR (Red.), *Temna plat meseca* [Die dunkle Seite des Mondes], Ljubljana: Nova revija 1998. Die These über die jugoslawische (slowenische) Gesellschaft als totalitäre folgt zumindest für die Zeit nach 1960 nur schwer den geltenden soziologischen Kriterien für „Totalitarismus“, obwohl etliche Autoren sie zu beweisen versuchen, vor allem aus dem Kreis der *Nova revija*. Mit dieser These werden die slowenischen Verhältnisse zumindest auf der theoretischen Ebene mit den osteuropäischen Systemen gleichgesetzt (auch mit anderen, wie z. B. mit dem Pol-Pot Regime in Kambodscha und ähnlichen), obwohl auch die Befürworter der These (inklusive der einflussreichsten Politiker nach der Einführung des Mehrparteiensystems und der Selbstständigkeit) im praktischen Gebrauch vor allem in den internationalen Beziehungen immer wieder den Unterschied zwischen der slowenischen und der osteuropäischen

Es sieht danach aus, dass das Pendel einer ausgewogeneren Geschichtsschreibung, das von der Fachwelt in den letzten zwanzig Jahren irgendwo in der Mitte „festgehalten“ wurde, in die extrem andere Richtung ausschlagen möchte (die „Wahrheit der Domobranzen“ anstelle der „Wahrheit der Partisanen“). Solchen Sichtweisen sollten die Museumspräsentationen angepasst werden und die bisher geltende Periodisierung ersetzen.³⁹

Ernest Renan, ein französischer Philosoph aus dem 19. Jahrhundert, der Begründer des (damals) modernen Typus des Nationalismus, ging von der Überzeugung aus, dass die Bürger beim Aufbau einer gemeinsamen (nationalen) Identität ihre Beziehung zur Vergangenheit selektiv herstellen müssen: Sie müssen sich einige Dinge aus der Vergangenheit einprägen, andere aber gründlich vergessen. Mit einer staatlich reglementierten Geschichtsschreibung, mit der Kontrolle über die Medien und das Schulsystem sowie über die Gedenkfeiern kann ein selektiver Zugang durchgesetzt werden. Schwieriger aber ist es, mit einer mechanistischen Übertragung der Muster aus dem 19. ins 21. Jahrhundert eine neue Identität (Geschichtsbewusstsein) aufzubauen, vor allem dann, wenn der Nationalismus mit der Ideologie nur einer politischen Option kombiniert wird. Die kommunistische Bewegung hat schon längst keine politischen Nachfolger mehr, dafür aber „rückwirkend“ umso mehr politische Gegner. Die Angehörigen der Widerstandsbewegung sind gealtert und in der Defensive, während hinter der „Wahrheit der Domobranzen“ ein großer Teil der politischen

Form des Sozialismus hervorgehoben haben. In der Diskussion über konkrete Angelegenheiten (Offenheit der Grenzen, größere Meinungsfreiheit, Lage der einfachen Menschen ...) geben die Vertreter der These über einen fünfundvierzigjährigen Totalitarismus Unterschiede zu (in der Frage ähneln die Sichtweisen einander), auf der Ebene der Definition der Gesellschaft aber beharren sie auf der These vom Totalitarismus bis zum Jahr 1990.

³⁹ Statt der bisherigen Trennlinien in der politischen Geschichte: 1945-1948 (Machtübernahme, sowjetische Form des Sozialismus), 1948-1953 (Informbürokonflikt, Ende der Kollektivierungen, Einführung des Selbstverwaltungssozialismus, stufenweise Öffnung der Grenzen) und danach am Anfang der sechziger Jahre die Wirtschaftsreform und Anfänge des sogenannten „Liberalismus“ der Partei, sollte z. B. die neue Periodisierung nur zwei Zeitabschnitte umfassen, mit einer Trennlinie in den sechziger Jahren. Der zweite Zeitabschnitt sollte den Zerfall Jugoslawiens enthalten, der erste aber sollte – nach dem neuen Konzept der Ausstellungsgestaltung im Museum für neuere Geschichte (*Muzej novejše zgodovine*) – folgendermaßen aussehen: „Nach dem Sieg führt die Kommunistische Partei Jugoslawiens die bolschewistische Revolution durch. In der Zeit 1945-1960 entwickeln sich die schlimmsten Offensiven im Bürgerkrieg der Partei gegen Slowenien und seine Bewohner, das ist die Zeit der Durchsetzung des leninistisch-stalinistischen revolutionären Modells mit extremen staatsterroristischen Methoden“ (Jože DEŽMAN, O prenovi stalne razstave Slovenci v XX. stoletju [Über die Neugestaltung der ständigen Ausstellung Slowenen im 20. Jahrhundert], in: *Dnevnik*, 17. 6. 2006). Dieser Beitrag ist die Antwort auf einen Kommentar von Tanja LESNIČAR PUČKO, Temna stran temne strani [Die dunkle Seite der dunklen Seite], in: *Dnevnik*, 6. 6. 2006, in welchem die Autorin die öffentliche Präsentation der zukünftigen ständigen Ausstellung im erwähnten Museum kommentierte. Sie schrieb unter anderem, dass Jože Dežman den Direktorposten als Vergeltungsmaßnahme der Rechten erhalten hätte, quasi als Strafe für den Fehltritt der früheren Museumsleitung mit der „hellen Seite des Mondes“ („svetla stran meseca“) – damit ist die ursprüngliche und von vielen kritisierte ständige Ausstellung gemeint, worauf auf Initiative von Drago Jančar als Reaktion die alternative Ausstellung und der Sammelband *Temna stran meseca* entstanden sind. Lesničar Pučko schreibt dazu: „... für solche Vergeltungsschläge werden aber niemals fachlich hochqualifizierte und ins aktuelle politische Leben nicht involvierte und reife Personen angestellt, sondern immer Konvertiten“. „Dežmans neue Geschichte“ biete „Pfadfinder, religiöse Riten und die Mutter Gottes als ‚grundlegende Identitätsachse‘ der Slowenen“ an.

Kräfte und die Kirche stehen.

Unterschiedliche Auffassungen und Polemiken sind in einer demokratischen Gesellschaft etwas Normales. Wenn nur nicht die Versuchung nach dem Einsatz der politischen Macht überhandnimmt, um die eigene „Wahrheit“ durchzusetzen. Eine solche Erfahrung besitzen wir bereits. Weil der überwiegende Teil der Kritik gegenüber den Kommunisten darauf abzielt, sie hätten sich die anderen Strömungen in der Osvobodilna fronta/Befreiungsfront (und auch sonst) unterzuordnen versucht, möchte ich mit einem Gedanken von Spomenka Hribar abschließen, die lange vor den Historikern einige traumatische Fragen zur jüngeren Vergangenheit stellte. Am Anfang ihrer Studie zur sogenannten Dolomitenerklärung (*Dolomitska izjava*), durch welche die Anerkennung der führenden Rolle der KP Sloweniens in der Befreiungsfront festgelegt wurde, schreibt sie folgendes: „In diesem Sinne wird die Studie vielleicht auch einmal in Zukunft instruktiv, denn eine völlige Beherrschung der Gesellschaft liegt im Interesse jeder Partei. Und wenn sich diese der Methoden und Logik aus der Dolomitenerklärung bedient, muss sich die Geschichte ‘wiederholen’. Freilich nie in derselben Weise wiederholen, allerdings aber auf die gleiche Weise, mit derselben Logik. Jeder Partei würde es gefallen, die erste und Hauptpartei unter den anderen zu sein, die dann alle ihre ‘Verbündeten’ sein sollten und von ihr ‘geführt’ ... Aber eine Wiederholung dieser ‘Geschichte’ dürfen wir uns nicht mehr ‘leisten’“.⁴⁰

(Überarbeitung und Endredaktion der Übersetzung: Valentin Sima)

⁴⁰ Spomenka Hribar, *Dolomitska izjava*, Ljubljana: Nova revija 1991, S. 7.